

Inhalt:

Seite 1: Die Landtagssitzung vom 07. und 08. Mai 2009 im Überblick / **Seite 4:** Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung / **Seite 8:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 8:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 9:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 9:** Lesetipps

Die Landtagssitzung vom 07. und 08. Mai 2009 im Überblick

Anderthalb Tage, und das Programm ist abgearbeitet. Einen vollständigen Überblick zu den Beratungsergebnissen bietet wie immer die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags. Hier sind auch alle Redebeiträge als Videoclip zugänglich.

Ohne die Anträge der Fraktion der LINKEN hätte ein Tag vollends ausgereicht, von der FDP kam zu dieser Sitzung gar nichts. Die eigenständigen parlamentarischen Initiativen der LINKEN werden in diesem Überblick lediglich gestreift, ihre ausführliche Darstellung erfolgt im folgenden Abschnitt.

Die Sitzung beginnt mit der [Aussprache zu einer Großen Anfrage](#) der LINKEN zur **Teilhabe behinderter Menschen ermöglichen - Paradigmenwechsel real umsetzen**, Beschlüsse werden hier nicht gefasst.

Mit 12 Fragen an die Landesregierung ist die [Fragestunde](#) (s. [Drs. 5/1935](#)) diesmal recht umfangreich, und nicht nur dies: Sozialministerin Kuppe gerät in arge Bedrängnis, als Eva von Angern / DIE LINKE ganz genau wissen will, wie die Neubesetzung der Stelle der Landesgleichstellungsbeauftragten denn nun im Detail abgelaufen sei. Die Ministerin verweist auf offenkundige Unstimmigkeiten zwischen Staatskanzlei und Sozialministerium, gerät bei Nachfragen zunehmend ins Schwimmen und zieht sich schließlich auf die Insel der Unkenntnis zurück. Der Vorgang ist so bemerkenswert wie nachvollziehenswert (s. auch [Videoclip Ministerin Kuppe](#)).

Aufgerufen ist der [Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Fortentwicklung des Kommunalverfassungsrechts](#) (s. [Drs. 5/1569](#), [Drs. 5/1596](#) und [Drs. 5/1925](#)) zur abschließenden Beratung. Innenminister Hövelmann spricht von einer Abrundung des Kommunalrechts und einem guten Ergebnis. Dies sieht die Sprecherin der LINKEN für Verwaltungsmodernisierung [Dr. Helga Paschke](#) (s. [Redemanuskript](#)) deutlich anders: „Bei einem kommunalpolitischen TÜV würden wir durchfallen, denn das Land hat bei ganz entscheidenden Stellschrauben bei der Abwägung von Landes- und kommunalen Interessen den Hebel eben nicht in Richtung Kommunen umgelegt. Und so reiht sich dieser Gesetzentwurf in jene Vorgaben der Landesseite ein, die man betiteln könnte: Wir, die Landesebene, können ohnehin alles, aber auch alles besser.“ Das Zweite Gesetz zur Fortentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung entwickle nicht fort, es passe lediglich an bestimmte Gegebenheiten an. Mit den Stimmen der Koalition wird das Gesetz mehrheitlich beschlossen, DIE LINKE und die FDP lehnen ab.

Der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stadt-Umland-Verbandsgesetzes](#) (s. [Drs. 5/1941](#)) ist notwendig geworden, da das Landesverfassungsgericht im ursprünglichen Gesetz verfassungswidrige Bestimmungen ausgemacht hatte. Innenminister Hövelmann erläutert, wie die Landesregierung nun den verfassungsmäßigen Zustand wieder herstellen will. Es gehe vor allem darum, eine neue Regelung zum Beschlussverfahren in der Verbandsversammlung der Stadt-Umland-Verbände in das Gesetz einzufügen. Der raumordnungspol. Sprecher der LINKEN [Dr. Uwe-Volkmar Köck](#) (s. [Redemanuskript](#)) bringt die eigentliche Problematik der Sache zur Sprache: „Der Gesetzentwurf stellt die beanstandete Verfassungskonformität zwar her, kommt aber deshalb der Annäherung der Interessensgegensätze nicht näher. Im Gegenteil. Die beiden Großstädte müssen zu Gunsten der einwohnerschwächeren Umlandgemeinden eine ungleiche Stimmengewichtung erdulden.“ Er befürchtet, dieser Gesetzentwurf könne der sprichwörtliche letzte Sargnagel für eine konstruktive Lösung der Stadt-Umland-Problematik werden. Allerdings scheint er noch nicht alle Hoffnung aufgegeben zu haben, der Gesetzentwurf wird einstimmig zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

DIE LINKE legt den [Entwurf eines Bibliotheksgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt](#) (s. [Drs. 5/1930](#)) vor, er wird zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Das Thema [Schülerbeförderung](#) hat den Landtag erneut erreicht, sowohl DIE LINKE (s. [Drs. 5/1931](#)) als auch die Landesregierung (s. [Drs. 5/1938](#)) legen dazu eigen Gesetzentwürfe vor, mit denen das Schulgesetz des Landes geändert werden soll. Zum Gesetzentwurf der Landesregierung steuert die FDP einen Änderungsantrag (s. [Drs. 5/1965](#)) bei. Kultusminister Olbertz verweist auf die Unterschiede: DIE LINKE wolle die vollständige Kostenbefreiung auch nach Klassenstufe 10, die Landesregierung will eine Eigenbeteiligung für diese SchülerInnen von höchstens 100 Euro je Schuljahr. Die sei wichtig, um zu verhindern, dass Leistungen gefördert werden, die u. U. gar nicht in Anspruch genommen werden, so dass dann wegen Fahrgemeinschaften etc. leere Plätze in Schulbussen subventioniert würden. Das ganze Paket wird von allen Fraktionen in die zuständigen Ausschüsse überwiesen, die recht schnell arbeiten müssen, damit das Gesetz zu Beginn des neuen Schuljahres dann auch in Kraft treten kann.

Von der Landesregierung stammt der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und weiterer Vorschriften](#) (s. [Drs. 5/1939](#)), es geht vor allem um notwendige Anpassungen an EU- und Bundesrecht. Der umweltpol. Sprecher der LINKEN [André Lüderitz](#) (s. [Redemanuskript](#)) fragt, warum diese Anpassungen so spät erfolgen, zudem beschränke sich die Landesregierung erneut nur auf die minimal erforderlichen Änderungen des Landesrechts. Der Gesetzentwurf wird von allen Fraktionen in den Umweltausschuss überwiesen.

Im Februar diesen Jahres hatte DIE LINKE eine [Berichterstattung über die Regionalen Begleitausschüsse](#) (s. [Drs. 5/1788](#) und [Drs. 5/1929](#)). Nun liegt die Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses vor, die Landesregierung soll in verschiedenen, mit der Sache befassten Ausschüssen Bericht erstatten. Diese Empfehlung findet die Zustimmung des Landtages.

DIE LINKE fordert eine [Bundesratsinitiative zur wirtschaftlichen Entlastung und nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft](#) (s. [Drs. 5/1932](#), [Drs. 5/1959](#) und [Drs. 5/1964](#)). Die Koalition legt einen Änderungsantrag vor, der seinerseits durch einen Änderungsantrag der FDP verändert werden soll. So geschieht es auch, der geänderte Antrag der Koalition wird bei Stimmenthaltung der LINKEN angenommen, statt eine Bundesratsinitiative zu starten, braucht die Landesregierung nun nur noch in den Ausschüssen zu berichten, was sie so an Maßnahmen plant.

Eine [Überarbeitung der Umsetzung des Konjunkturprogramms II bei der Erarbeitung des Doppelhaushaltes 2010/2011](#) (s. [Drs. 5/1937](#)) fordert DIE LINKE. Das Konzept der Landesregierung sei nicht praxistauglich. Die Koalition sieht das anders, und so wird der Antrag trotz Zustimmung von LINKEN und FDP abgelehnt.

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz in Sachsen-Anhalt (s. [Drs. 5/1934](#)), diesen Antrag stellt DIE LINKE, es geht letztendlich um eine Stärkung der kommunalen Jugendämter. Für die Koalition ist das derzeit offenbar kein Thema, eine Ausschussüberweisung wird ebenso abgelehnt wie der Antrag selbst.

CDU und SPD wünschen eine Weiterentwicklung der Museumslandschaft im Land Sachsen-Anhalt (s. [Drs. 5/1936](#) und [Drs. 5/1963](#)), dazu soll die Landesregierung Bericht erstatten und auch die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des Bundestages „Kultur in Deutschland“ berücksichtigen. Die Sache wird mit Wohlwollen aufgenommen und unter Einbeziehung einer Ergänzung, die von den LINKEN vorgeschlagen wurde, einstimmig angenommen.

So findet der Tag einen harmonischen Ausklang, das aber soll sich zunächst nicht so fortsetzen.

Der Freitag beginnt mit einer Aktuellen Debatte, beantragt von der CDU: 60 Jahre Grundgesetz - 20 Jahre friedliche Revolution (s. [Drs. 5/1958](#)). Nach kurzer Würdigung des Grundgesetzes kommt der Vorsitzende der CDU-Fraktion Jürgen Scharf recht schnell zu seinem eigentlichen Thema, dem „Unrechtsstaat DDR“. Er fordert dazu auf, es dem Kollegen Gallert nicht zu gestatten, die Geschichte der untergegangenen DDR umzuinterpretieren. So habe die Diktatur auf nahezu alle wichtigen Lebensbereiche erstreckt, aber natürlich gab es dort gelungenes Leben, erfolgreiche persönliche und berufliche Biographien. Ministerpräsident Böhmer ergreift ebenfalls das Wort, lässt sich aber auf das DDR-Thema faktisch nicht ein. Er würdigt das Grundgesetz, seine Entstehung und sein Wirken bis in die heutigen Tage. Für den FDP-Fraktionsvorsitzenden Veit Wolpert ist es unumstößlich – die DDR war ein Unrechtsstaat, da gebe es nichts zu deuteln. Dr. Rüdiger Fikentscher / SPD konzentriert sich auf die Ereignisse der Jahre 1989 / 1990, er würdigt vor allem deren gewaltlosen Verlauf. [Wulf Gallert](#) (s. [Redemanuskript](#)), Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE würdigt das Grundgesetz als zivilisatorische Errungenschaft, allerdings: „Wir sind vor allem der Meinung, dass die Legitimation des Grundgesetzes nicht primär daraus abgeleitet werden darf, dass die DDR als das negative Kontrastprogramm benutzt, also auf ein erzieherisches Abschreckungsmittel reduziert wird. Dies geht aus folgenden Gründen nicht: Es teilt die beiden deutschen Staaten vor 1989 in Gut und Böse ein, und negiert, dass die gesellschaftliche Realität in der DDR sehr viele innere Differenzierungen und widersprüchliche Entwicklungen aufwies. Wenn beispielsweise vor kurzem der Bischof der Thüringischen Landeskirche einschätzte, dass die Kirche in der DDR im inneren demokratisch funktionierte, so kann man sicherlich darüber streiten, ob das so war. Nicht darüber streiten kann man, dass dies in einem wirklich totalitären Regime, wie Hanna Ahrend es beschrieben hat, schlechtweg unmöglich gewesen wäre. Und es vergisst auf der anderen Seite, dass auch in einem demokratisch strukturierten Staat Entscheidungen gefällt werden können, die ihrem Charakter her zutiefst undemokratisch sind und die Menschenwürde verletzen können.“ Seinem Kollegen Scharf / CDU gibt er auf den Weg, der werde ihm seine Art der Geschichtsbetrachtung schon gestatten müssen – das gehöre auch zu 60 Jahren Grundgesetz ... Beschlüsse werden im Ergebnis einer Aktuellen Debatte nicht gefasst.

Die SPD will die Zukunft der Jobcenter sichern (s. [Drs. 5/1945](#)) und hat dazu eine Aktuelle Debatte beantragt. In der Antragsbegründung heißt es: „Die Betreuung von Langzeitarbeitslosen nach dem SGB II muss daher bis Ende 2010 neu geregelt werden. In einem Kompromiss haben sich die Bundesregierung und die 16 Bundesländer über die Änderung des Grundgesetzes und die einzelgesetzlichen Regelungen zur Errichtung so genannter Zentren für Arbeit und Grundsicherung verständigt. Dieser Kompromiss droht jetzt zu scheitern. ... Die Zielsetzung, Hilfen aus einer Hand anzubieten, wäre damit obsolet.“ Die arbeitsmarktpol. Sprecherin der LINKEN **Sabine Dirlich** (s. [Redemanuskript](#)) dazu: „Vor der Reform waren ca. 210 000 Menschen in der gesamten Bundesrepublik von dieser Doppelzuständigkeit betroffen. Heute gibt es fünf Millionen unmittelbar Betroffene und es gibt noch einmal ca. zwei Millionen nicht erwerbsfähige Angehörige. Sieben Millionen Menschen sind betroffen, wenn wir zu dieser Doppelzuständigkeit zurückkehren und wenn bis Ende 2010 keine Lösung gefunden wird.“

Mit Blick auf eben diese Betroffenen ergänzt die Rednerin, es müsse darum gehen, dass sie die ihnen zustehenden Leistungen schnell bekämen, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt müssten verbessert werden, das sei das Wichtigste. Im übrigen nutzt die Fraktionsvorsitzende der SPD **Katrin Budde** die Debatte für [heftige Angriffe auf Ministerpräsident Böhmer](#). Der hatte zuvor in der Debatte dargelegt, was alles nicht ginge und wie schwierig die Sache doch sei. Auch hier werden Beschlüsse nicht gefasst.

Die Landesregierung legt den [Entwurf eines Gesetzes zur Verhinderung von Mobilfunkverkehr und unerlaubter Telekommunikation durch Gefangene](#) (s. [Drs. 5/1940](#)) vor. Der Gesetzstitel benennt den Gegenstand, es ist die erste Beratung, die Fraktionen verzichten auf eigene Redebeiträge und überweisen den Gesetzentwurf in die zuständigen Ausschüsse.

Die [Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Landesrecht](#) (s. [Drs. 5/1933](#)) wird von der LINKEN gefordert. Landesregierung wie Koalition halten die Sache für unnötig und lehnen eine Ausschussüberweisung ebenso ab, wie den Antrag selbst.

Ähnlich ergeht es auch dem Antrag der LINKEN [Vorbereitung und Planung des Steinkohlekraftwerkes Arneburg](#) (s. [Drs. 5/1942](#)). Eine Ausschussüberweisung macht keinen Sinn, gefordert ist eine Berichterstattung eben in dem zuständigen Ausschuss – aber auch das wird von der Koalition abgelehnt.

[Obergrenzen für Tierbestandskonzentrationen](#) (s. [Drs. 5/1943](#)), dafür soll sich die Landesregierung auf Antrag der LINKEN im Bundesrat einsetzen. Wohl nicht zuletzt wegen des großen öffentlichen Interesses – Stichwort Schweinemastanlagen – wird der Antrag zunächst in die Ausschüsse überwiesen.

Und damit ist die Landtagssitzung beendet.

Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#):

TOP 01: Teilhabe behinderter Menschen ermöglichen - Paradigmenwechsel real umsetzen (Ausprache zur Großen Anfrage) ([Drs. 5/1662](#), [Drs. 5/1906](#))

Der Hintergrund der Großen Anfrage wird u.a. so erläutert: „Die Teilhabemöglichkeiten und Teilhabechancen behinderter Menschen in Sachsen-Anhalt standen letztmalig im Jahre 2001 im Mittelpunkt einer umfangreichen analysierenden Berichterstattung der Landesregierung. ... Eine aktuelle Gesamtsicht der Lebenssituation behinderter Menschen in Sachsen-Anhalt fehlt. Diese ist umso notwendiger, da sich seit 2001 wesentliche, das Leben behinderter Menschen unmittelbar betreffende, rechtliche und organisatorische Veränderungen in Deutschland wie auch in Sachsen-Anhalt vollzogen.“ **Dr. Detlef Eckert** (s. [Redemanuskript](#)), behindertenpol. Sprecher der Fraktion, verweist darauf, dass die Landesregierung recht umfänglich versuche, mit Zahlen und Argumenten eine insgesamt positive Politik für Menschen mit Behinderungen zu präsentieren. Die Realität aber sei eine andere: „Konzepte und Umbauszenarien, wie wir in Sachsen-Anhalt von der Fremdbestimmung zu einem selbstbestimmten Leben für alle Menschen mit Behinderungen, die es wünschen, kommen kann, sind nicht dargestellt worden. Hemmnisse und Probleme, die in Gesetzen und Verordnungen ihre Ursache haben werden ignoriert. Der Tenor vieler Antworten der Landesregierung lautet hingegen: Wir sind gut! Weiter so!

Wir fordern die Landesregierung auf, vor den drängenden Problemen nicht weiter die Augen zu verschließen und einen Paradigmenwechsel in der Realität herbeizuführen – die Notwendigkeit hat sie mit ihren Antworten auf unsere Große Anfrage selbst begründet.“ Und er benennt klare Aufgabenstellungen: Die Behindertenpolitik werde erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um die künftigen Aufgaben lösen zu können. Das betreffe die Betreuung mit einer Generation älterer behinderter Menschen, die Schaffung von Rahmenbedingungen für das Entstehen eines umfangreichen Dienstleistungssektors und die Schaffung fließender Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen.

Beschlüsse werden im Ergebnis einer Aktuellen Debatte nicht gefasst.

TOP 05: Entwurf eines Bibliotheksgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ([Drs. 5/1930](#))

In der **Begründung** zum Gesetzestext heißt es u.a.: „Die Bibliothekslandschaft in Sachsen-Anhalt hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Seit 2002 sind 100 Bibliotheken geschlossen worden, Ende 2007 gab es im Land noch 288 Bibliotheken von denen 90 hauptamtlich und 198 ehrenamtlich geleitet werden. ... Das Erfordernis der Wissensgesellschaft, lebenslang sich neues Wissen anzueignen und so seine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten verlangt ein modernes, allen zugängliches Bibliotheksnetz und eine qualifizierte Beratung der Nutzerinnen und Nutzer in allen Bibliotheken.“ Der kulturpol. Sprecher der Fraktion **Stefan Gebhardt** (s. [Redemanuskript](#)) unterstreicht: „Wir wollen, dass die Bibliotheken in unserem Land als eine Bildungseinrichtung und als ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Kulturlandschaft definiert und somit in der Gesellschaft gestärkt werden.“ Die SPD kündigt an, in absehbarer Zeit einen eigenen Entwurf für ein Bibliotheksgesetz vorzulegen.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

TOP 06 a): Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ([Drs. 5/1931](#); [Drs. 5/1938](#); [Drs. 5/1965](#))

Neben der LINKEN legt die Landesregierung einen Entwurf gleichen Titels vor, zu dem die FDP noch einen Änderungsantrag stellt. In der **Gesetzesbegründung** der LINKEN ist das Anliegen klar umrissen: „Mit dem Änderungsgesetz wird das Ziel verfolgt, alle Schülerinnen und Schüler von den Kosten der Schülerbeförderung zu entlasten. Damit sollen nicht nur die Schülerinnen und Schüler bis zum 10. Schuljahrgang von den diesbezüglichen Regelungen im Schulgesetz erfasst werden, sondern auch jene, die Schulen in der Sekundarstufe II besuchen, solange sie den Schülerstatus besitzen.“ Für den bildungspol. Sprecher der LINKEN **Matthias Höhn** (s. [Redemanuskript](#)) ist die fast schon unendliche Geschichte der Schülerbeförderung kein Ruhmesblatt für den Landtag. Aber er lässt auch Optimismus erkennen: „Ich konstatiere zumindest eine Bewegung in den Koalitionsfraktionen und in den sie tragenden Parteien beim Thema Schülerbeförderung und mittlerweile auch eine öffentliche Positionierung aller drei großen Volksparteien zur Kostenfreiheit der Schülerbeförderung.“ Der Regierungsentwurf sehe eine Kostenbeteiligung von 100 Euro im Jahr vor, die Beschlusslage der SPD aber laute: Kostenfreiheit. DIE SPD, so der Redner, schreibe derzeit viel von heißer Luft auf Plakate – er hoffe, sie werde beim Thema Schülerbeförderung nicht von der vielen heißen Luft weggeblasen.

Alle Fraktionen stimmen für Überweisung in die Ausschüsse.

TOP 10: Bundesratsinitiative zur wirtschaftlichen Entlastung und nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft ([Drs. 5/1932](#); [Drs. 5/1959](#); [Drs. 5/1964](#))

Die Landwirtschaft Sachsen-Anhalts steht vor großen Problemen, denen DIE LINKE mit diesem

Antrag begegnen will. In der **Antragsbegründung** wird die Lage wie folgt beschrieben; „Unter dem Mantel der wiederholten Halbzeitbewertungen der Ergebnisse der EU-Agrarreform ist in den zurückliegenden Jahren stets auch ein Kurswechsel in der EU-Agrarpolitik mit erheblichen Belastungen für die Landwirtschaft durchgesetzt worden. Die letzten markanten Einschnitte brachten die Beschlüsse des EU-Agrarrates vom November 2008. Die Kürzung der Direktzahlungen und die Regelungen zur zusätzlichen Modulation stellten die Bauern gerade in den ostdeutschen Bundesländern und damit auch in Sachsen-Anhalt erneut vor zusätzliche Belastungen.“ Hinzu kämen die Belastungen durch die Agrardieselbesteuerung und die Regulierung des Milchmarkts. Die Landesregierung solle beauftragt werden, zu diesen Problemfeldern im Bundesrat initiativ zu werden. Der agrarpol. Sprecher der LINKEN **Hans-Jörg Krause** (s. [Redemanuskript](#)) illustriert die Situation am Beispiel der Milchwirtschaft: „Vor 12 Monaten erhielten die Milchbauern noch 28 Cent für den Liter, heute sind es nur noch 20 – 22 Cent. In der Zwischenzeit wissen wir alle, dass ein Preis von 35 bis 40 Cent notwendig ist, um auskömmlich und nachhaltig wirtschaften zu können. ... Allein im Amtsbereich des ALFF Altmark haben nun schon über 20 Betriebe dem Preisverfall nicht mehr standhalten können. Sie mussten die Milchproduktion aufgeben oder stehen kurz davor, weil sie die fehlenden Einnahmen nicht mehr im Betrieb durch andere Bereiche kompensieren konnten bzw. können. ... Die Milchbauern sprechen davon, dass sie regelrecht seit Wochen monatlich je nach Größe des Betriebes zwischen 10 000 bis 45 000 € in den Kuhstall karren.“ Hinsichtlich der Problematik an sich sind sich eigentlich alle einig. Angenommen aber wird schließlich der Änderungsantrag der Koalition – nochmals modifiziert durch den FDP-Antrag -, der der Landesregierung Unterstützung in ihren Bemühungen zusichert und sie um Berichterstattung im Ausschuss bittet. Dieses Maß an Unverbindlichkeit hätte der Ausschuss auch auf dem Wege der Selbstbefassung erreichen können ...

TOP 11: Überarbeitung der Umsetzung des Konjunkturprogramms II bei der Erarbeitung des Doppelhaushaltes 2010/2011 ([Drs. 5/1937](#))

Nicht allein DIE LINKE sieht massive Probleme bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II, daher dieser Antrag, in dessen **Begründung** u.a. steht: „Mit der Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes des Landes Sachsen-Anhalt vom 27. April 2009 zum aktuellen Stand der Umsetzung des Konjunkturprogramms II haben sich bereits jetzt die Befürchtungen bestätigt, dass es sich größtenteils um ein intransparentes und aus Sicht der Kommunen kaum nachvollziehbares Konzept handelt.“ Die finanzpol. Sprecherin der LINKEN **Dr. Angelika Klein** (s. [Redemanuskript](#)) erläutert: „Problematisch für die Kommunen war und ist die Veranschlagung der Gelder aus dem Konjunkturprogramm II. Durch die langen Debatten hier insbesondere im Bund und zwischen Bund und Ländern, in denen es hieß, die Mittel sind für zusätzliche Projekte, die dürfen nicht im Haushalt stehen, haben viele Kommunen den Haushalt überarbeitet und für sie wichtige Projekte herausgenommen, in der Hoffnung, sie dann über das Konjunkturprogramm zu finanzieren. Jetzt müssen sie bis maximal zum 30.11.2009 einen Nachtragshaushalt einbringen und das zum Teil für Summen, wenn ich die kommunale Investitionspauschale nehme, die den ganzen Aufwand nicht lohnen. Das macht deutlich, dass das ganze Programm mit verdammter heißer Nadel genäht wurde.“ Allein – der Finanzminister ist sich sicher, dass alles gut wird, und die Mehrheit scheint ihm folgen zu wollen, auch wenn alle kleinere Problemchen bei der Umsetzung sehen. LINKE und FDP stimmen dem Antrag zu, nicht so die Koalition – damit ist der Antrag abgelehnt.

TOP 12: Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz in Sachsen-Anhalt ([Drs. 5/1934](#))

In der **Begründung** für den Antrag, der die Landesregierung u.a. auffordert, nach konkreten Lösungen zur Verbesserung der Situation im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz zu suchen, wird betont: „Die kommunalen Jugendämter haben ... den Auftrag, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen und zu gewährleisten, dass geeignete Angebote für Kinder, Jugendliche und Eltern zur Verfügung stehen und weiterentwickelt werden, um eine förderliche

Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen. In der Anhörung zum Gesetzentwurf und in den Ausschussverhandlungen wurde die „äußerst angespannte Situation der Jugendämter mehrmals deutlich benannt.“ Die familien-, kinder- und jugendpol. Sprecherin der Fraktion **Eva von Angern** (s. [Redemanuskript](#)) umreißt das Aufgabenspektrum: „Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz bezieht neben den Kindern und Jugendlichen aber auch die Eltern mit ein. ... Die Angebote ... sind aufgrund des eben beschriebenen Auftrages entsprechend vielfältig: Vom Training des Umgangs mit Konfliktsituationen, über medienpädagogische Angebote, Informationen über Gefährdungspotentiale von Drogen bis hin zu Seminaren zur „Kostenfalle Handy“ ist die Palette weit aufgestellt.“ Die Sozialministerin fühlt sich nicht recht zuständig, dies seien vielmehr die Landkreise und kreisfreien Städte, das Land habe da nicht hinein zu regieren. CDU und SPD verzichten zwar auf eigene Redebeiträge, lehnen aber sowohl eine Ausschussüberweisung als auch den Antrag selbst ab.

TOP 14: Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Landesrecht **([Drs. 5/1933](#))**

Es ist notwendig, die auf Landesebene bestehenden Gesetze zu überprüfen und gegebenenfalls den Erfordernissen der Konvention entsprechend zu ändern. Dazu soll die Landesregierung ausführlich informieren und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog vorlegen. In der **Antragsbegründung** wird dies so erläutert: „Der Handlungsbedarf, also weitergehende Maßnahmen zum Schutze der Rechte behinderter Menschen einzuleiten, wurde auch von der Landesregierung anerkannt. Deutlich ist zugleich, dass das eine sehr langfristige komplizierte Aufgabe ist. Damit sie zügig und zielgerichtet angegangen werden kann, bedarf es einer gründlichen Analyse der Situation, einer fundierten Prioritätenliste sowie einer nachhaltig wirksamen gesellschaftlichen Kampagne für einen Paradigmenwechsel.“ Der behindertenpol. Sprecher der LINKEN **Dr. Detlef Eckert** (s. [Redemanuskript](#)) unterstreicht das Anliegen: „Es steht ... die Aufgabe an, die in Landeskompetenz zu regelnden Fragen zu erfassen, Änderungsbedarfe festzustellen und einen Zeitplan für ihre Umsetzung vorzulegen. Das ist eine komplexe Aufgabenstellung, die unseres Erachtens einer breiten gesellschaftlichen Diskussion bedarf und in die vor allem die Betroffenen einzubeziehen sind. ... Da wir aber aus Erfahrung wissen, dass unsere Landesregierung mit Konzepten nicht so schnell ist ... wollen wir mit diesem Antrag konkrete Aufgaben stellen und vor allem einen Zeitplan bewirken, der den Menschen mit Behinderung in Sachsen-Anhalt Anhaltspunkte dafür gibt, in welchen Schritten sich ihre Situation den Forderungen der UN-Konvention nähert und das Land die Verpflichtungen zu erfüllen gedenkt.“ Sozialministerin Kuppe verweist auf einen bereits vorliegenden Landtagsbeschluss, es sei bereits alles Notwendige im Flusse. Die Koalition lehnt den Antrag ab, für sie ist die Sache erledigt.

TOP 15: Vorbereitung und Planung des Steinkohlekraftwerkes Arneburg **([Drs. 5/1942](#))**

Eigentlich soll die Landesregierung lediglich im Ausschuss berichten, wie sie die Planungen und andere Aktivitäten zur Vorbereitung der Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes bei Arneburg begleitet oder befördert hat. Begründet wird dies im **Antrag** so: „Pressemeldungen war zu entnehmen, dass auf regionaler Ebene bereits mit vorplanerischen Maßnahmen für dieses Vorhaben begonnen wurde. Dieses Vorhaben ist für die Entwicklungsperspektiven der Region und die strukturelle Entwicklung des Landes von erheblicher Bedeutung. Deshalb hält es die einbringende Fraktion für notwendig, die Legislative regelmäßig und zeitnah zu informieren und einzubeziehen.“ Dazu unterstreicht **Angelika Hunger** (s. [Redemanuskript](#)), energiepol. Sprecherin der LINKEN: „Der Bau eines großen Steinkohlekraftwerkes ist neben der großen Bedeutung für die Struktur der Energieversorgung der Altmark und des ganzen Landes von so großer Bedeutung für die Lebensbedingungen in der Region, dass die sachgerechte Information der Bürger frühzeitig erfolgen muss. ... Ministerin Wernicke bezeichnete ... den kommunalen Klimaschutz als Daseinsvorsorge.“

Ich gehe davon aus, dass auch das Land zu Daseinsvorsorge verpflichtet ist. Dann kann es nur Eines geben: Eine klare Position gegen ein neues Steinkohlekraftwerk.“ Der Wirtschaftsminister gibt eine sehr ausführliche Darstellung seiner Sicht auf die Dinge, verweist auf Bundesrecht und darauf, das alles offen sei. Und damit habe er alles gesagt, was derzeit zu sagen sei. Das sieht dann auch die Koalition so und lehnt den Antrag ab,

TOP 16: Obergrenzen für Tierbestandskonzentrationen **([Drs. 5/1943](#))**

Die **Antragsbegründung** ist kurz und bündig: „Vor dem Hintergrund wiederkehrender Auseinandersetzungen in Regionen und Kommunen mit Investoren von Tierhaltungsanlagen hat es sich gezeigt, dass es neben der Einbeziehung der Öffentlichkeit vor allem auch klarer Entscheidungskriterien zur Höhe der regional zulässigen Tierbestandskonzentrationen bedarf.“ Der raumordnungspol. Sprecher der LINKEN **Dr. Uwe-Volkmar Köck** (s. [Redemanuskript](#)) skizziert die Problematik recht bildhaft: „So niedlich Ferkel auch sein mögen, wenn mehrere Tausend von ihnen munter durcheinander quieken, tüchtig füttern und Gülle produzieren, dann hört die Freundschaft auf. Die Genehmigungsverfahren der aus betriebswirtschaftlichen Gründen immer größer werdenden Tierhaltungsanlagen sind deshalb auch besonders konflikträftig.“ Das sehen wohl alle so, man will das näher debattieren, und so wird der Antrag in den Ausschuss überwiesen.

DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung:

TOP 13: Weiterentwicklung der Museumslandschaft im Land Sachsen-Anhalt **([Drs. 5/1936](#))**

Hier legt DIE LINKE einen Änderungsantrag ([Drs. 5/1963](#)) vor, der eine Ergänzung des Koalitionsantrages zum Ziel hat, es geht um die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit musealer Präsentationen für Menschen mit Behinderungen.

Dem Anliegen wird zugestimmt, und so wird der Ursprungsantrag in ergänzter Form beschlossen.

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils in den **Redebeiträgen der Abgeordneten** auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

- [Landtagssitzung ab 2009](#)
- [frühere Landtagssitzungen](#)

Und hier: das offizielle [Wortprotokoll des Landtages](#)

Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

- [Pressemitteilungen seit Januar 2008](#)
- [ältere Pressemitteilungen](#)

Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Die in der Broschüre angekündigte Homepage ist nun ebenfalls zugänglich, die Seite soll zum Informations- und Diskussionsportal in Sachen Landesentwicklungsplanung entwickelt werden.:

<http://www.sachsen-anhalt-liebenswert.de/>

DIE LINKE im Bildungskonvent

Informationen sind hier zu finden: <http://www.bildungskonvent-dielinke.de/>

Aktuelle Termine, und Veranstaltungshinweise:

Samstag, 16. Mai 2009, Magdeburg, Landtag:

[Kreistagsfraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN Sachsen-Anhalt](#)

Dienstag, 19. Mai 2009, Altenburg:

[Leitbild Ostdeutschland 2020 – Neues aus dem Osten für Deutschland und Europa](#)

Weitere Termin- und Veranstaltungsinformationen sind u.a. hier zu finden:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- [http://die-linke.de/nc/die linke/termine/](http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/)
- http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

Lesetipps:

- Aktuelle Umfrage zu Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen [HIER](#)
- Interessantes zur Finanz- und Wirtschaftskrise, Ursachen, Strategien etc. [HIER](#)
- Zum Wechsel von Sylvia-Yvonne Kaufmann in die SPD [HIER](#) und [HIER](#)
- Interview mit Wulf Gallert zur Debatte „Unrechtsstaat“ DDR [HIER](#)
- Zum Wahlprogramm der Grünen [HIER](#)
- Zum Thema Wirtschaftsdemokratie [HIER](#)
- Zur Vita von Ministerpräsident Tillich [HIER](#)
- Wahl-O-Mat zur Europawahl [HIER](#)

Der Download dieser und früherer Ausgaben im PDF-Format ist [hier](#) möglich!

Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de